

Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und
Verbraucherschutz | Postfach 70 52 | 24170 Kiel

An den
Vorsitzenden des Europaausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Malte Krüger, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Staatssekretär

Per Mail an:
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5968

27.01.2026

**39. Sitzung des Europaausschusses am 7. Januar 2026; TOP 3 Bericht zur 99. EMK
am 11. und 12. Dezember in Brüssel; hier: Informationen zu den Omnibus-Paketen
zum Bürokratieabbau**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

in der o.g. Sitzung hat der Abg. Marc Timmer (SPD) um Übermittlung von Informationen zu
den Omnibus-Paketen zum Bürokratieabbau auf EU-Ebene und eine entsprechende
Übersicht gebeten.

Angeführt übersende ich die gewünschten Informationen.

Mit freundlichen Grüßen

Otto Carstens

Omnibus-Paket I: Nachhaltigkeit (vorgelegt am 26.02.2025)

- Das **Omnibus-Paket I** beinhaltet Änderungen der EU-Rechtsvorschriften im Bereich der **Nachhaltigkeit**.
- So soll z. B. die **Nachhaltigkeitsberichterstattung** leichter umzusetzen sein und das CO₂-Grenzausgleichssystem (**CBAM**) vereinfacht werden.
- **Umsetzungsstand:**
 - Termine für bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung wurden verschoben (RL (EU) 2025/794, in Kraft seit 17.04.2025).
 - Erlass von Vereinfachungen bzgl. CBAM (VO (EU) 2025/2083, in Kraft seit 18.10.2025)
 - Hinsichtlich der Vereinfachungen der Nachhaltigkeitsberichterstattung läuft das Verfahren, eine erste Lesung des Richtlinienvorschlags im Europäischen Parlament (EP) fand am 16.12.2025 statt.

Omnibus-Paket II: EU-Investitionen (vorgelegt am 26.02.2025)

- Das **Omnibus-Paket II** soll bestehende Rechtsvorschriften in Bezug auf **EU-Investitionen** (Programm „InvestEU“) vereinfachen.
- Bei InvestEU sind öffentliche und private Investitionen i.H.v. **zusätzlichen 50 Mrd. Euro** vorgesehen.
- **Umsetzungsstand:** Inkrafttreten der VO (EU) 2025/205 am 24.12.2025.

Omnibus-Paket III: Gemeinsame Agrarpolitik (GAP, vorgelegt am 14.05.2025)

- Das **Omnibus-Paket III** verfolgt das Ziel, die **GAP** zu vereinfachen und die **Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte** zu stärken.
- Der Verwaltungsaufwand und die Kontrollen sollen verringert werden. Eine Vereinfachung der Zahlungsregelungen für Kleinerzeuger wird angestrebt, und eine verbesserte Finanzierung der Landwirte in Krisenzeiten soll ermöglicht werden.
- **Umsetzungsstand:** Inkrafttreten der VO (EU) 2025/2649 am 01.01.2026.

Omnibus-Paket IV: Kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung sowie Digitalisierung (vorgelegt am 21.05.2025)

- Das **Omnibus-Paket IV** umfasst insbesondere Maßnahmen zur **Vereinfachung des Binnenmarktes**.
- Die Digitalisierung von Produktvorschriften ist vorgesehen, und gemeinsame Spezifikationen für den Warenverkehr sollen eingeführt werden. Zudem wird eine Verringerung der Aufzeichnungspflichten nach der DSGVO angestrebt.

- **Umsetzungsstand:** Geltende Sorgfaltspflichten für Batterien (bspw. hinsichtlich der Beschaffung von Rohstoffen, um Batterien herzustellen) werden um zwei Jahre verschoben, umgesetzt durch VO (EU) 2025/1561. Diese ist seit dem 31.07.2025 in Kraft.
- Hinsichtlich der übrigen Vereinfachungen ist das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Der Rat legte am 24.09.2025 seinen Standpunkt fest. Die Beratungen im EP dauern an.

Omnibus-Paket V: Verteidigungsbereitschaft (vorgelegt am 17.06.2025)

- Das **Omnibus-Paket V** beinhaltet Vorschläge, die **Investitionen** und die **Beschaffung im Verteidigungsbereich** erleichtern.
- Die Ziele sollen im Einklang mit dem Weißbuch der Kommission zur europäischen Verteidigungsbereitschaft stehen.
- Umsetzungsstand: Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Der Rat legte am 27.11.2025 seinen Standpunkt fest. Die Beratungen im EP dauern an.

Omnibus-Paket VI: Chemikalien (vorgelegt am 08.07.2025)

- Das **Omnibus-Paket VI** beinhaltet **Vereinfachungen des Chemikalienrechts**.
- Befolgungskosten und Verwaltungsverfahren für Unternehmen in der gesamten Wertschöpfungskette des Chemikalienbereichs sollen gesenkt werden.
- **Umsetzungsstand:**
 - Die Verschiebung der Einführung von Vorschriften für die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien auf den 01.01.2028 ist seit dem 23.12.2025 in Kraft (VO (EU) 2025/2439).
 - Hinsichtlich der Anforderungen zur Vereinfachung chemischer Produkte legte der Rat seinen Standpunkt am 05.11.2025 fest. Die Beratungen im EP dauern an.

Omnibus-Paket VII: Digitales (vorgelegt am 19.11.2025)

- Das **Omnibus-Paket VII** umfasst Vorschläge für Verordnungen zur **Vereinfachung des Rechtsrahmens für den digitalen Bereich**.
- Zu den Kernthemen der Vorschläge zählen u. a. die Bereiche DSGVO, Cybersicherheit und künstliche Intelligenz (sog. AI-Act).
- Zu den Vorschlägen haben sich der Rat und das EP noch nicht geäußert.

Omnibus-Paket VIII: Umwelt (vorgelegt am 10.12.2025)

- Das **Omnibus-Paket VIII** soll bestehende **Umweltgesetze vereinfachen und straffen**.
- Die Schwerpunkte liegen u. a. in der Beschleunigung der Umweltprüfungen für Genehmigungsverfahren, der Vereinfachung der Normen für Industrieemissionen und der Entwicklung wirksamer digitaler Lösungen für gefährliche Stoffe in Produkten.
- Zu den Vorschlägen haben sich der Rat und das EP noch nicht geäußert.

Omnibus-Paket IX: Automobilindustrie (vorgelegt am 16.12.2025)

- Das **Omnibus-Paket IX** beinhaltet Maßnahmen zur Unterstützung der Bemühungen beim **Übergang zu sauberer Mobilität**.
- Konkret sollen Maßnahmen ergriffen werden bei der Überprüfung der CO₂-Emissionsnormen, der Stärkung der europäischen Batterieindustrie, der Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Kosten für die Hersteller in der EU sowie der Dekarbonisierung von Dienstwagen.
- **Der Rat und das EP haben sich noch nicht zu diesem Vorschlag geäußert.**

Omnibus-Paket X: Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln (vorgelegt am 16.12.2025)

- Das **Omnibus-Paket X** soll zu einem **moderneren, effizienteren und widerstandsfähigeren EU-Gesundheitsökosystem** beitragen.
- Konkret soll der Biotechnologiesektor gestärkt und die Entwicklung neuer Behandlungen beschleunigt werden. Zudem sind eine Vereinfachung der Vorschriften für die Entwicklung von Medizinprodukten und die Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen (häufigste Todesursache in Europa) vorgesehen
- **Der Rat und das EP haben sich noch nicht zu diesem Vorschlag geäußert.**